

Postulat: Nachhaltige Wald- und Holznutzung

Auftrag

Der Stadtrat wird eingeladen, dem Parlament Bericht zu erstatten, wie die Stadt Wil zu einer nachhaltigen Nutzung der Wälder in ihrem Einzugsgebiet beitragen kann. Der Fokus soll dabei auf der vermehrten Nutzung von regional und umweltschonend produziertem Holz als Bau- und Brennstoff liegen. Zu prüfen sind insbesondere folgende Fragestellungen:

- Wie hat sich der Waldentwicklungsplan aus dem Jahr 2008 (WEP «Columban») als Steuerungsinstrument für eine nachhaltige Waldnutzung bewährt? Wie ist der Stand der Umsetzung? Wird der WEP in absehbarer Zeit aktualisiert?
- Ist die nachhaltige Erfüllung der verschiedenen Waldfunktionen (Schutzfunktion, Holzwirtschaft, Erholungsnutzung, ökologische Funktionen) in der Region Wil gewährleistet? Bestehen Nutzungskonflikte und wie werden diese entschärft? Stellt der zunehmende Nutzungsdruck durch Erholungssuchende in Stadtnähe ein Problem dar?
- Welche Herausforderungen bestehen im Hinblick auf die Gesunderhaltung der Wälder? Welche Massnahmen werden ergriffen, um Schädlinge einzudämmen und dem Klimawandel zu begegnen? Was wird gegen das Problem der Bodenverdichtung durch immer schwerere Nutzfahrzeuge unternommen?
- Welche Herausforderungen bestehen im Hinblick auf die Entwicklung des Holzmarktes? Wie gehen die Waldeigentümer damit um, dass die rentable Waldbewirtschaftung aufgrund der internationalen Preiskonkurrenz immer schwieriger wird? Kann die Waldwirtschaft (wie die Landwirtschaft) als ordnungspolitischer Sonderfall betrachtet und durch staatliche Massnahmen gestützt werden?
- Im Besonderen: Welche Möglichkeiten hat die Stadt Wil, eine umweltschonende regionale Wald- und Holzwirtschaft zu fördern? Wie kann die Stadt unter Einhaltung des öffentlichen Beschaffungsrechts darauf hinwirken, dass bei städtischen Bauten konsequent Holz aus der Region als Bau- und Heizmaterial verwendet wird? Ist der Stadtrat bereit, öffentliche Bauten künftig wenn immer möglich als Holzbauten zu planen? Könnte es unter beschaffungsrechtlichen Gesichtspunkten sinnvoll sein, dass die Stadt Wil eigene Waldflächen erwirbt? Kommt die Nutzung von Holz als Energieträger als neues Geschäftsfeld für die TBW in Betracht? Stellt die Wärmeversorgung von Quartieren durch Holzheizkraftwerke eine sinnvolle Alternative zu grossflächigen Fernwärmenetzen dar? Ist der Stadtrat bereit, die Preispolitik der TBW so zu gestalten, dass für Private ein Anreiz zur Erstellung von Holzheizungen anstelle von Gasheizungen entsteht?
- Welche staatlichen und privaten Akteure tragen eine Mitverantwortung für die nachhaltige Entwicklung der Wälder in der Region? Ist die Verteilung der Aufgaben und Zuständigkei-

ten im Hinblick auf künftige Herausforderungen zweckmässig? Gibt es Möglichkeiten, die Zusammenarbeit zu verbessern (z.B. im Rahmen der Regio Wil)?

- Im Besonderen: Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Ortsgemeinde? Wie wird dem Umstand Rechnung getragen, dass die Ortsgemeinde als wichtigste Waldeigentümerin in der Region gemeinwirtschaftliche Leistungen zugunsten der gesamten Wiler Bevölkerung erbringt? Ist die Finanzierung dieser Leistungen langfristig gesichert?

Begründung

Die Beschränkung der Freizeitaktivitäten und sportlichen Betätigungsmöglichkeiten während der Coronavirus-Pandemie hat dem Wald in breiten Bevölkerungskreisen zu neuer Wertschätzung verholfen. Die gesellschaftliche Funktion des Waldes als frei zugänglicher Erholungsraum gewinnt besonders in Agglomerationen an Bedeutung. Daneben erfüllt der Wald auch unverzichtbare ökologische und ökonomische Funktionen. Die unterschiedlichen Nutzungsansprüche und der zunehmende Nutzungsdruck bergen selbstredend gewisse Konfliktpotenziale. In ökologischer Hinsicht ist der Wald insbesondere durch den Klimawandel sowie durch neu auftretende Schädlinge gefährdet. Auch die Rahmenbedingungen für die Waldwirtschaft haben sich in jüngster Zeit stark gewandelt: Durch den internationalen Preisdruck wird es in der Schweiz immer schwieriger, Wälder rentabel zu bewirtschaften. Die ökologischen und gesellschaftlichen Leistungen, welche die Waldwirtschaft erbringt (sog. gemeinwirtschaftliche Leistungen), werden durch den globalisierten Holzmarkt nicht abgegolten.

Die Sicherstellung einer nachhaltigen Nutzung und Pflege der Wälder im Umkreis der Stadt Wil ist für die Lebensqualität der Bevölkerung von grosser Bedeutung. Mit dem neuen Slogan «Die smarte Stadt im Grünen» (vgl. Medienmitteilung vom 25. Februar 2020) anerkennt der Stadtrat den Wald implizit als wesentlichen Faktor der Standortattraktivität.

Der Wald kann überdies einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der Resolution «Klimanotstand» leisten: Er bietet vielfältige Möglichkeiten für klimaschonende Freizeitaktivitäten. Vor allem aber stellt er Holz als erneuerbaren, CO₂-neutralen Werkstoff und Energieträger bereit. Dieses Potenzial wird bislang bei Weitem nicht ausgeschöpft, wie aus dem Abschnitt 3.1.2.2 des WEP «Columban» hervorgeht:

«Holz ist der einzige nachhaltig erneuerbare Rohstoff der Schweiz. Die Waldwirtschaft kann die Region mit einem aus der Region erzeugten Rohstoff versorgen. Das Nutzungspotenzial des Waldes wird heute aber noch zu wenig genutzt [...]. Die Schweiz hat einen der höchsten Holzvorräte in ihren Wäldern. Ein Abbau des Holzvorrates [...] ist rein praktisch machbar und vermindert die Qualität der verschiedenen Waldfunktionen nicht. [...] Die Schätzung zeigt, dass vor allem im Privatwald noch ein erhebliches Potenzial für zusätzliche Nutzungen liegt. Dieser ist aber nur dann bereit Nutzungen zu tätigen, wenn der Absatz gesichert ist und der Holzpreis die Holzerntekosten mindestens deckt. [...] Die Nutzung des gesamten Potenzials würde einer Steigerung des jährlichen Holzeinschlags pro Hektare von heute 8.7 Kubikmeter auf zukünftig rund 13.3 Kubikmeter bedeuten. Der nachhaltige Zuwachs ohne Vorratsabbau beträgt 10.5 Kubikmeter pro Hektare.»

Eine verstärkte Förderung der regionalen Wald- und Holzwirtschaft durch die Stadt Wil ist sowohl ökologisch als auch ökonomisch sinnvoll. Konkrete Möglichkeiten hierzu müssen im Rahmen eines Postulatsberichts vertieft geprüft werden, da sich u.a. anspruchsvolle wirtschaftsverwaltungsrechtliche Fragen stellen. In der Bundesgesetzgebung über den Wald existieren seit 2017 Bestimmungen über die Förderung von nachhaltig produziertem Holz durch den Bund, insbesondere bei der Errichtung von Bauten und bei der Beschaffung von Holzzeugnissen (Art. 35a WaG). Entsprechende wirtschaftspolitische Massnahmen sollten folglich auch auf kommunaler Ebene ergriffen werden können, ohne in Konflikt mit dem öffentlichen Beschaffungsrecht (GPA, IVöB) zu geraten.

Sebastian Koller,
Erstunterzeichner